

Gerd Hankel

Das Dilemma

Gerd Hankel

Das Dilemma

»Entwicklungshilfe« in Afrika

Ein Erfahrungsbericht

zu **Klampen!** 

© 2020 zu Klampen Verlag · Röse 21 · 31832 Springe · zuklampen.de

Umschlaggestaltung: Hildendesign unter Verwendung
einer Fotografie von Gerd Hankel · München · hildendesign.de
Satz: Germano Wallmann · Gronau · geisterwort.de
Druck: BOD – Books on Demand GmbH · Norderstedt · bod.de

ISBN 978-3-86674-607-7

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Inhalt

Eine Eingrenzung	7
Zwischen Aids, Völkermord und naiven Hilfevorstellungen	9
Wie man in eine Falle gerät und mühsam wieder herauskommt	31
Ruanda: ein Leuchtturm der Entwicklung in Afrika?	56
»Le Congo n'est pas maudit« – wenn Hoffnung auf Wirklichkeit stößt	85
Hilfe, Zusammenarbeit und Entwicklung. Aspekte einer vermeidbaren Illusion	110
Wie weiter? Eine Antwort, die gegeben werden muss	131
Literatur	145
Der Autor	148

Eine Eingrenzung

Afrika ist groß, fast dreimal so groß wie Europa. Mit 1,3 Milliarden leben dort auch fast doppelt so viele Menschen, Menschen unterschiedlicher Hautfarben, Physiognomien und Kulturen. *Den* Afrikaner gibt es genauso wenig wie *den* Europäer. Das wissen wir und wissen es doch nicht.

Finnen, Portugiesen, Polen oder Belgier bezeichnen wir als solche, und vor unserem geistigen Auge tauchen Bilder von Finnen, Portugiesen, Polen oder Belgiern auf, wie wir sie uns idealtypisch vorstellen. An Europäer als Gattungsbegriff denken wir dabei nicht. Das käme uns zu pauschalisierend vor.

Sprechen wir über Afrikaner, tun wir jedoch genau das. Wir vereinheitlichen den Kontinent, schlagen Völker und Staaten über einen Leisten, so wir sie denn überhaupt kennen. Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit stehen dahinter, weniger Arroganz. Schließlich sprechen wir auch von Amerikanern, wenn wir die nordamerikanischen US-Amerikaner meinen. Kanadier, Mittel- und Südamerikaner existieren dann einfach nicht.

Wenn ich auf den folgenden Seiten über Afrika spreche, geht es nur um einen kleinen Teil des Kontinents, meist sogar um den sehr kleinen, den die Demokratische Republik Kongo und das im Vergleich dazu winzige Land Ruanda einnehmen. Mit 26.338 Quadratkilometern nur wenig größer als das deutsche Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, ist es 1994 zum Inbegriff

völkermörderischer Gewalt geworden, die nicht nur nicht hätte passieren dürfen, sondern die auch vermeidbar gewesen wäre. In dieses Land bin ich mehrere dutzend Male gereist, von dort aus auch in die Nachbarstaaten Burundi, Kenia, Uganda, Tansania. Und immer wieder in die Demokratische Republik Kongo, 2.344.856 Quadratkilometer groß, das zweitgrößte Land Afrikas, fast neunzig Mal größer als Ruanda. Gerade von dort aus kommend, wo sich nach dem Völkermord in rasantem Tempo ein staatlicher Neuaufbau vollzog, war der zunehmende Staatszerfall im Kongo unübersehbar. Ein Volk wurde zur Geisel einer korrupten Clique, was, ersetzt man finanzielle Korruption durch politische, auch von Ruanda gesagt werden kann, dort aber völlig andere Auswirkungen hatte.

Das also ist mein Afrika. Das kleine Ruanda und die so viel größere Demokratische Republik Kongo. Beide gewissermaßen ein Modellfall für die internationale Entwicklungspolitik. Liebling der Gebergemeinschaft versus Paria derselben, weil Erwartungen vorbildlich erfüllt oder eben unter Anhäufung typischer Fehler nicht erfüllt werden. Trotzdem gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen beiden Staaten, die, entgegen vordergründiger Erwartung, die Frage nach Sinn und Unsinn von Entwicklungspolitik aufwerfen. Und das schließt auch Chinas Rolle in beiden Ländern mit ein.

Abschließend noch ein Hinweis: Zahlungen »außer der Reihe«, von denen im Buch die Rede ist, wurden zwar zunächst aus dem Vermögen des deutschen Vereins bestritten, diesem später jedoch dank der Großzügigkeit Dritter ersetzt.

Zwischen Aids, Völkermord und naiven Hilfevorstellungen

Mindestens 500.000 Tutsi sind von April bis Juli 1994 in Ruanda umgebracht worden. Die Täter waren Hutu, Angehörige der Mehrheitsbevölkerung, die, nach mehr als drei Jahren Bürgerkrieg, die Existenz von Tutsi auslöschen wollten. Vor allem die fanatisierten *Interahamwe*, die dem Namen ihrer Miliz gemäß »gemeinsam arbeiteten«, hatten sich diesem fürchterlichen Ziel verschrieben. »Unkraut« musste »gerupft und entsorgt, Äste, die den Baumwuchs behinderten, abgeschlagen werden«. An Metaphern, die dem von Alkohol- und Drogenkonsum zusätzlich beflügelten mörderischen Tun einen Sinn geben sollten, herrschte kein Mangel. Auch nicht an Werkzeug, das das brutale Treiben möglich machte. Wenige Monate vor Beginn des Völkermords waren noch Hunderttausende Macheten aus China importiert worden, und wenn auch außer Pistolen und Gewehren noch nägelgespickte Keulen oder Feldhacken als Tötungsinstrumente genutzt wurden – die Machete mit ihrer langen Schneide wurde das Symbol des Massenmords schlechthin.

Eine offizielle Zählung hat später ergeben, dass 308.000 Tutsi den Völkermord überlebt haben. Ein sehr großer Teil von ihnen – Schätzungen belaufen sich auf achtzig Prozent – hat überlebt, weil er von Hutu gerettet worden ist, Nachbarn oder Zufallsbekannten. Gewöhnliche Hutu haben Tutsi bei sich aufgenommen, haben sie

anderswo versteckt oder ihnen sichere Fluchtwege ins benachbarte Ausland gezeigt. Doch gewöhnliche Hutu haben auch in großer Zahl am Völkermord teilgenommen, fanatisch wie die *Interahamwe*, als auf ihren Vorteil hoffende Mitläufer oder in Befolgung von Befehlen, die sie von Bürgermeistern oder anderen Autoritätspersonen erhalten hatten. Bisweilen haben sie sogar, Gipfel des Wahnsinns in einer Situation landesweiter Massengewalt, zugleich gerettet und getötet. Letzteres um Ersteres nicht zu gefährden, um bei Mittätern keinen Verdacht zu erregen und Zweifel am persönlichen Einsatz für ein Ruanda ohne Tutsi aufkommen zu lassen.

Am Ende des Völkermords waren 3,2 Millionen Menschen, fast die Hälfte der Einwohner Ruandas, vor der vorrückenden Befreiungssarmee in die Nachbarstaaten Burundi, Tansania und Zaire geflüchtet, oft nach Gemeinden (*communes*) geordnet und unter Mitnahme öffentlicher Gelder, administrativer Unterlagen und Waffen. Hinter sich gelassen hatten sie ein Land im Schockzustand, ein Land, in dem *bapfuye bahagazi*, wandelnde Tote, umherirrten und Ansammlungen von Geiern und Hunden auf die unzähligen Leichenfelder früherer Massaker hinwiesen. Der Staat Ruanda und mit ihm ein Großteil seiner Bewohner war verschwunden. Ihn wieder herzustellen und bescheiden funktionsfähig zu halten, würde einen Einsatz von Menschen, Kapital und Material erfordern, der 1994 in Ruanda nicht im Entferntesten zur Verfügung stand.

Das Ausland war gefordert, und es reagierte. In großer Zahl kamen Entwicklungshelfer und technische Experten ins Land, von ihren Regierungen geschickt und bezahlt. Für die einheimische Restbevölkerung war

das ein befremdliches Bild. Nur wenige Monate vorher hatten die in der Regel weißen Helfer Hals über Kopf das Land verlassen, waren unter Mitnahme ihrer Haustiere und unter dem Schutz von Blauhelmsoldaten der Vereinten Nationen zum Flughafen oder an eine Grenze gebracht worden, während einheimische Kollegen und Bedienstete zurückgelassen und, sofern Tutsi, dem sicheren Tod preisgegeben wurden. Ihr verzweifeltes Flehen beim Anblick der Hutu-Killer, die ostentativ ihre Macheten schärften, kollidierte hoffnungslos unterlegen mit der Überlebenspanik derer, die aufgrund ihrer Hautfarbe auf der sicheren Seite standen. Die Blauhelme hatten nur ein Mandat für den Eigenschutz, die Bevölkerung zu retten, gehörte nicht zu ihren Aufgaben. Bis auf ein jämmerliches Restkontingent von 250 Soldaten (von vormals gut 2500) sollten sie bald darauf auch das Weite suchten.

Jetzt waren die Helfer wieder zurück, in stetig steigender Zahl. Ihre Expertise wurde für den Staatsaufbau gebraucht, an Geld herrschte kein Mangel. Großzügige Geldspenden einflussreicher Staaten sollten vergessen machen, dass diese nichts unternommen hatten, um den Völkermord zu verhindern oder zumindest zu beenden. Kredite in jährlich dreistelliger Millionenhöhe flossen in das Land, mehrfach gefolgt von Schuldenerlassen, nicht nur weil eine Rückzahlung illusorisch war, sondern ebenso sehr in Anerkennung der ruandischen Bemühungen, die Geldbeträge effizient zu verwenden. Korruptionsbekämpfung war ein vorrangiges Ziel. Das neue Ruanda sollte nicht nur hier anders sein als das Vorgängerregime. Beflügelt von einer großen Idee wachten Offizielle des Staates mit Eifer darüber, dass die Millionenbeträge für den Gesundheitsbereich,

die Landwirtschaft, die Dezentralisierung, die Armutsbekämpfung und für den Neuaufbau von Verwaltung und Justiz dort ankamen, wo sie ankommen sollten und ihre Wirkung entfalten konnten.

An dieser Unternehmung mitzuwirken, war für die Helfer eine durchaus sinnstiftende Tätigkeit. So wie Staaten ihr früheres Versagen in Ruanda mit Großzügigkeit zu kaschieren versuchten und sich als eigentlich zutiefst menschenrechtsbewegt präsentieren wollten, so verstanden sich auch die vielen Helfer als Gegenbild zu ihren Vorgängern, die es offensichtlich nicht vermocht hatten, das Land vor dem Sturz in den Abgrund zu bewahren. Dank der neuen Helfer sollte endlich der Beweis dafür erbracht werden, dass es möglich wäre, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und – indem auf den Modellcharakter ihrer Aktivitäten für andere Konfliktorte verwiesen wurde – die Welt vielleicht ein bisschen besser zu machen.

Im Vordergrund stand hier vor allem der Bereich der künftigen Entwicklung, der sich jenseits des Materiellen mit den ideellen Aspekten der Zukunftsgestaltung befasste. Aufarbeitung der Vergangenheit, Herstellung eines innergesellschaftlichen Friedens, Schaffung der nationalen Einheit als Garant für eine erfolgreiche Völkermordprävention waren die Schlüsselbegriffe, die die verschiedenen Etappen markieren sollten. Ihr verbindendes Element war die Justiz, genauer gesagt die Strafjustiz. Alle Parteien der Übergangsregierung und des Übergangsparlaments, die beide bereits Mitte Juli 1994 gebildet worden waren, stimmten darin ein, dass die für den Völkermord Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden müssten – »to end impunity«, wie die Zielvorgabe in Anspielung auf die Straflosigkeit

ethnisch motivierter Straftaten in der ruandischen Vergangenheit lautete.

Dass es seit November 1994 einen Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda gab, war in diesem Zusammenhang weniger von Bedeutung. Seine Existenz wurde in Ruanda belächelt, er galt als ein unpassendes, hastig zusammengeschnittenes Trostpflaster der internationalen Staatengemeinschaft. Wichtiger war die ruandische Strafgerichtsbarkeit selbst, die mit eigenen Richtern und in kultureller Vertrautheit mit dem Land ab 1996 begann, Verfahren gegen verdächtige Völkermörder durchzuführen. Etwa tausend Angeklagte wurden jährlich abgeurteilt, viel zu wenig, wie sich schnell herausstellte. Weil die Zahl der Häftlinge in den Gefängnissen Ende der 1990er Jahre rapide gestiegen war und dort Verhältnisse herrschten, die als unmenschlich zu bezeichnen eine äußerst unzureichende Beschreibung gewesen wäre, musste eine Lösung zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren gefunden werden. Man fand sie in Gacaca (sprich: »Gatschatscha«), einer traditionellen Justiz, die in vorkolonialer Zeit in Ruanda verbreitet war, danach aber an Bedeutung verloren hatte. Ihre Besonderheit war, dass es nicht in erster Linie um die Bestrafung des Täters ging. Das vorrangige Ziel von Gacaca war die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Friedens in der (dörflichen) Gemeinschaft (*ubuntu*). Ein Rechtsverstoß, der das Zusammenleben in der Dorfgemeinschaft bedrohte, war begangen worden. Dieser Rechtsverstoß musste geheilt werden. In einem Hin und Her aus Rede und Gegenrede versuchte der *Inyagamugayo*, ein zum Richter ernannter ehrbarer und von allen geschätzter Mann, die Streitparteien zu einer Lösung zu bewegen. War das nicht möglich, fällte er ein Urteil,

das aber ebenfalls dem Gedanken der Aussöhnung verpflichtet war. Gemeinsame Rituale besiegelten den wiedergefundenen Frieden. Bisweilen konnte sogar eine Ehe zwischen zwei infolge einer Bluttat verfeindeten Familien angeordnet werden. Neues Leben als Ersatz für zuvor zerstörtes.

Die Übertragung von Gacaca auf Völkermordverbrechen würde eine große Herausforderung sein. Das war allen Beteiligten klar. Mord und Massenmord sollten jetzt regelmäßig zur Verhandlung stehen, nicht wie früher nur in seltenen Ausnahmefällen. Wie darüber hinaus noch der innere Frieden in Ruanda wiederhergestellt oder auch nur die ernsthafte Voraussetzung dafür geschaffen werden sollte, war eine weitere große Unbekannte. In dieser Herausforderung lag wohl auch das große Interesse des Auslands begründet. Ein Verbrechen, das in der Hierarchie der Verbrechen ganz oben stand und darum im internationalen Maßstab als »crime of all crimes«, als Verbrechen aller Verbrechen galt, und der Gedanke einer landesweiten Versöhnung waren augenscheinlich von einer großen Attraktivität. Meist weiße Journalisten und Wissenschaftler gaben sich auf den Behörden, die für die Erlaubnis zum Besuch der Gacaca-Verhandlungen zuständig waren, die Klinke in die Hand. Auf Afrikaner, ohnehin weit mehr als Europäer oder Amerikaner in einer Kultur des Redens als Modell der Konfliktlösung Zuhause, machte Gacaca längst nicht so einen spektakulären Eindruck. Weiße hingegen schienen beinahe angerührt von dem Gedanken, das Gute gegen das Böse gewinnen zu sehen, und dann auch noch dort, wo nach jahrhundertealter westlicher Überzeugung das Unzivilisierte, Wilde und Unberechenbare zum Naturell des Menschen gehörte.

Natürlich hätten die Weißen diesen Verdacht mit Empörung von sich gewiesen. Ich bin auch sicher, dass die allermeisten von ihnen tatsächlich überzeugt waren, eins mit ihrem Anliegen zu sein, gewissermaßen Verkörperungen eines Friedensverständnisses, das um die Bedeutung von Menschenrechten weiß und sie lebt. Dennoch gab es Szenen, die man in der tiefsten Kolonialzeit verortet hätte. Ein Journalist einer deutschen Tageszeitung, die sich als alternativ versteht und aus unerfindlichen Gründen als links gilt, will seinen Rückflug umbuchen. Die Angestellte im Büro der Fluggesellschaft, eine Ruanderin von Mitte fünfzig und um einiges älter als der Journalist, versteht nicht gleich, was von ihr erwartet wird. Das Französisch des Journalisten ist nicht gut und die Frage nicht wie eine Bitte formuliert. Sie klingt eher wie ein Befehl, dessen Ausführung erwartet wird. Und so ist es auch. Die eingeschüchterte Angestellte beugt sich der Lautstärke und dem Druck. Hinweise auf einen vielleicht ausgebuchten Rückflug werden vom Tisch gewischt. Ein Sitzplatz muss her, ohne Wenn und Aber. Weiß befiehlt, Schwarz gehorcht.

Das Selbstbewusstsein verschwindet in einer Situation, die zu einer konfrontativen hochgeschimpft wird. Vielleicht war die afrikanische Angestellte auch nur überrascht und peinlich berührt von dem abrupten Stimmungsumschwung beim deutschen Weißen und versuchte darum, den unangenehmen Kunden schnell wieder loszuwerden. So jedenfalls verhielt es sich bei einem ruandischen Staatsekretär, der sich plötzlich einer herrisch auftretenden deutschen (ja ja, schon wieder) Journalistin gegenüber sah. Vor seiner Bürotür warten wie die Ruander wollte sie nicht. Als die Sekretärin herauskam, schlüpfte sie hinein, den Protest